



Wortprotokoll der 64. Sitzung

Wirtschaftsausschuss

Berlin, den 13. Dezember 2023, 09:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.200
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Michael Grosse-Brömer, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einziges Tagesordnungspunkt

Seite 5

a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Fairen Strukturwandel in den ostdeutschen Kohleregionen ermöglichen – Verunsicherungen beenden

BT-Drucksache 20/9141

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Haushaltsausschuss



b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Erster Bericht über die Evaluierung des
Investitionsgesetzes Kohleregionen**

BT-Drucksache 20/8117

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Haushaltsausschuss



Liste der Sachverständigen

Ariane **Derks** (Vorschlag SPD)
Geschäftsführerin Lausitz Science Park
Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg
03046 Cottbus

Christine **Herntier** (Vorschlag CDU/CSU)
Bürgermeisterin der Stadt Spremberg und
Sprecherin der Brandenburger Kommunen in der Lausitzrunde
03130 Spremberg

Fred **Mahro** (Vorschlag CDU/CSU)
Bürgermeister der Stadt Guben
03172 Guben

Frederik **Moch** (Vorschlag SPD)
DGB-Bundesvorstand
Leiter der Abteilung Struktur-, Industrie-, Dienstleistungspolitik
10787 Berlin

Prof. Dr. oec. habil. Jan **Schnellenbach** (Vorschlag FDP)
Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg
03046 Cottbus

Prof. Dr. rer. pol. Stefan **Zundel** (Vorschlag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg
03046 Cottbus

**Mitglieder des Ausschusses**

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Arlt, Johannes Bartz, Alexander Katzmarek, Gabriele Limbacher, Esra Poschmann, Sabine Roloff, Sebastian Töns, Markus Walter, Hannes Werner, Lena Westphal, Bernd	Gremmels, Timon Hubertz, Verena Junge, Frank Kreiser, Dunja Kröber, Martin Marvi, Parsa Mehltretter, Andreas Schmidt, Uwe Seitzl, Dr. Lina Weingarten, Dr. Joe
CDU/CSU	Czaja, Mario Durz, Hansjörg Grosse-Brömer, Michael Klößner, Julia Kuban, Tilman Loos, Bernhard Metzler, Jan Rouenhoff, Stefan Willsch, Klaus-Peter	Connemann, Gitta Gramling, Fabian Körber, Carsten Mörseburg, Maximilian Ramsauer, Dr. Peter Scheuer, Andreas Spahn, Jens Stetten, Christian Frhr. von Wiener, Dr. Klaus
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Außendorf, Maik Banaszak, Felix Detzer, Dr. Sandra Kopf, Chantal Sekmen, Melis	Badum, Lisa Beck, Katharina Herrmann, Bernhard Sacher, Michael Spallek, Dr. Anne Monika
FDP	Bauer, Nicole Houben, Reinhard Todtenhausen, Manfred Ullrich, Gerald	Bartelt, Christian Cronenberg, Carl-Julius Klein, Karsten Köhler, Dr. Lukas
AfD	Holm, Leif-Erik Kaufmann, Dr. Malte Komning, Enrico Schulz, Uwe	Espendiller, Dr. Michael Münzenmaier, Sebastian Schattner, Bernd Ziegler, Kay-Uwe
fraktionslos	Leye, Christian Meiser, Pascal	

* Die unterschriebenen Anwesenheitslisten sowie die Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Video-/Telefonkonferenz werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Wirtschaftsausschusses und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



Beginn der Sitzung: 9:00 Uhr

Einzigiger Tagesordnungspunkt

a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Fairen Strukturwandel in den ostdeutschen Kohleregionen ermöglichen – Verunsicherungen beenden

BT-Drucksache 20/9141

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Erster Bericht über die Evaluierung des Investitionsgesetzes Kohleregionen

BT-Drucksache 20/8117

Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Ich begrüße alle herzlich hier in unserem Sitzungssaal zur öffentlichen Anhörung unseres Wirtschaftsausschusses. Ich begrüße auch viele Kollegen und Kolleginnen, die nicht immer hier sind, aber sich bei diesem speziellen Thema die Ehre geben und sicherlich später entsprechende Fragen stellen werden. Besonders herzlich willkommen heiße ich die heutigen Sachverständigen, die so nett sind, uns mit ihrem Sachverstand, mit ihren guten Ratschlägen zur Verfügung zu stehen. Als Sachverständige wurden benannt

- Ariane Derks, Geschäftsführerin Lausitz Science Park aus Cottbus,
- Frau Christine Herntier, Bürgermeisterin der Stadt Spremberg und Sprecherin der Brandenburger Kommunen in der Lausitzrunde.

Herzlich willkommen.

- Fred Mahro, Bürgermeister der Stadt Guben,
- Frederik Moch vom DGB-Bundesvorstand.

Zugeschaltet ist uns hoffentlich, ich kann ihn schon sehen

- Professor Jan Schnellenbach von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU)

und ich begrüße ebenso

- Professor Stefan Zundel, ebenfalls von dieser Universität.

Im Zweifel werden Sie sich kennen. Aber das tut

der Sache ja keinen Abbruch. Der Sachverstand bleibt jeweils vorhanden. Schön, dass Sie da sind. Schön, dass Sie Zeit haben für uns. Ich begrüße natürlich auch alle Gäste, im Übrigen auch diejenigen, die uns – weil es live übertragen wird – im Parlamentsfernsehen oder im Internet zuschauen. Auch das freut uns. Dieses Interesse ist möglicherweise hoch. Wir haben sonst fast nur Professoren als Sachverständige, heute haben wir auch die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen im Saal, die auch noch von persönlichen Erfahrungen und von der Situation vor Ort berichten können. Wir werden sehen, welche Fragen es dazu gibt. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die uns per Videokonferenztechnik zugeschaltet sind, bitte ich die Stummschaltung zu aktivieren. Bevor wir jetzt zu dieser Sitzung kommen, noch ein Hinweis vorab: Wir haben eine kleine organisatorische Herausforderung, weil die Fraktion DIE LINKE. sich am vergangenen Mittwoch aufgelöst hat. Wir haben von der Bundestagspräsidentin die Mitteilung bekommen, dass die Kollegen Pascal Meiser und Christian Leye als beratende Mitglieder diesem Ausschuss weiterhin zur Verfügung stehen. Alles ist gut in der Hinsicht und ich heiße beide in dieser Funktion weiter herzlich willkommen. Wir müssen jetzt nur gucken, wie wir mit diesem veränderten Status organisatorisch umgehen. Dazu komme ich gleich noch. Der einzige Tagesordnungspunkt für heute ist der Antrag der Fraktion der CDU/CSU, der lautet: „Fairen Strukturwandel in den ostdeutschen Kohleregionen ermöglichen – Verunsicherungen beenden“. Das ist die Bundestagsdrucksache 20/9141. Zu dieser Thematik gibt es auch noch eine Unterrichtung der Bundesregierung, das ist der erste Bericht über die Evaluierung des Investitionsgesetzes Kohleregionen auf Bundestagsdrucksache 20/8117. Dieser ist ebenfalls Gegenstand unserer Anhörung. Ein weiterer Bericht zu diesem Themenkomplex ist innerhalb der Bundesregierung noch in Arbeit, wie ich hörte. Kommen wir kurz zum Ablauf dieser Anhörung: Wir führen sie traditionell nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen durch. Wir haben einen Zeitrahmen von 1,5 Stunden. Die maximale Redezeit beträgt nach den Vereinbarungen unseres Ausschusses drei Minuten für Frage und Antwort. Bei Zeitüberschreitung müsste ich im Interesse aller



als Vorsitzender freundlich eingreifen, glücklicherweise passiert das nicht oft. Jedenfalls gilt: Je kürzer die Frage, desto länger kann die Antwort sein. Bisher hatte die Fraktion DIE LINKE. das Recht, einmal, und zwar angesichts der Stärke der Fraktion an Position Nr. 11 eine Frage zu stellen. Nun ist der Fraktionsstatus weggefallen und deswegen müssen wir über dieses Fragerecht kurz sprechen. Alle Anwesenden kennen wahrscheinlich die berühmte Wüppesahl-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach fraktionslose Abgeordnete zwar kein Stimmrecht, aber ein grundsätzliches Rede- und Antragsrecht haben. Wir wollen diese Rechtsprechung hier nicht diskutieren. Wie das Rede- und Antragsrecht auszugestaltet ist, dazu gibt es allerdings weder Rechtsprechung noch sieht unsere Geschäftsordnung irgendetwas vor. Deswegen haben die Obleute sich vorhin, wie das immer so bei den Obleuten ist, für die heutige Anhörung praktikabel verständigt. Wir müssen gucken, wie die Bundestagsverwaltung das insgesamt entscheidet beziehungsweise, ob sie das überhaupt entscheidet, oder ob der Ausschuss das entscheiden soll. Das werden wir dann alles noch sehen. Aber die beiden beratenden Mitglieder unseres Ausschusses sollen dem Willen der Obleute zufolge nach dem üblichen Rhythmus dann an Position Nr. 11 zu Wort kommen. Da sie zwei wahrscheinlich zwei unterschiedlichen Gruppen angehören werden, haben wir praktikabel vorgeschlagen, die eigentlichen drei Minuten in jeweils anderthalb Minuten aufzuteilen. Diese Zeit kann man aber nicht verzichtsmäßig dem anderen übertragen, das geht nicht. Das würden Sie wahrscheinlich auch nicht tun, Sie werden ja wahrscheinlich unterschiedlichen Gruppen angehörig sein. (unverständlicher Zwischenruf des Abg. Pascal Meiser [fraktionslos]). Ja, Ich finde es auch eigentlich ganz gut. Was natürlich möglich ist – denn ich begrüße natürlich auch die Frau Kollegin Lay hier herzlich –: Wenn der Kollege Meiser die Frage nicht stellen will, kann es natürlich die Frau Kollegin tun. Damit haben wir jetzt kein Problem. Jedenfalls gehe ich davon aus. Kann ich das Einvernehmen des Ausschusses zu der von mir jetzt beschriebenen Vorgehensweise feststellen? Die wäre jetzt erst einmal vorübergehend, aber heute können wir so

verfahren. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Eine Bitte noch – die erfahrenen Kollegen wissen es, aber an andere, die vielleicht heute zum ersten Mal in diesem Ausschuss sind, der Hinweis: Bitte zu Beginn der Frage immer den Namen der oder des Sachverständigen nennen, an die oder den sich die Frage richtet. Wir führen nämlich ein Wortprotokoll. So kann man dann immer feststellen, wer jeweils geantwortet hat. Eingangsstatements der Sachverständigen sind angesichts der uns zur Verfügung stehenden doch begrenzten Zeit von 90 Minuten nicht vorgesehen. Das macht aber nichts, weil die Erfahrung lehrt, dass man im Wege der Befragung ohnehin all das sagt, was man eingangs gesagt hätte. Nun, dann schreiten wir zur Tat und kommen zur ersten Frage. Die stellt der Kollege der SPD, Bernd Westphal. Bitte schön.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär! Vielen Dank, meine Damen und Herren Sachverständige, dass Sie uns hier heute Morgen zur Verfügung stehen. Meine erste Frage geht an Herrn Frederik Moch vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Wir haben mit dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz, dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen und dem Investitionsgesetz Kohleregionen viele flankierende Maßnahmen auf den Weg bringen wollen, um angesichts des Strukturwandels, der zum Erreichen der Klimaziele notwendig ist, für die Regionen stabilisierende Maßnahmen durchzuführen. Jetzt liegt der erste Bericht zum Investitionsgesetz Kohleregionen vor. Die Frage an den DGB: Ist es gelungen, dort wirklich Investitionen in die Region, in die Stärkung der Infrastruktur, in die Schaffung neuer Arbeitsplätze und vor allen Dingen in die Schaffung gut bezahlter Arbeitsplätze zu organisieren?

SV **Frederik Moch** (DGB-Bundesvorstand): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank für die Frage. Wir stehen ja noch sehr am Anfang und der Evaluationsbericht hat jetzt erste Wegmarken zum Stand des Strukturwandels gesetzt. Für uns sind Transparenz und Verlässlichkeit ganz entscheidende Kriterien dafür, ob wir die gesellschaftliche Akzeptanz für diesen Umbauprozess organisieren können. Die



Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KWSB), ebenfalls „Kohlekommission“ genannt, hat damals auch ein Versprechen für die Reviere abgegeben. Es ist die Frage, ob wir diesem Versprechen gerecht werden. Strukturwandel braucht Zeit und einen klaren Kompass und ich denke, was die Evaluation zeigt, ist, dass wir auf jeden Fall in die richtige Richtung gehen. Wir haben ein halbvolles Glas, kein halbleeres. Wir sehen aber auch, dass es an einigen Stellen doch Nachbesserungsbedarf gibt. Für uns ist wichtig, dass die Kolleginnen und Kollegen vor Ort Sicherheit haben. Wir haben natürlich damals beim Abschlussbericht nicht antizipiert, dass wir eine Wirtschaftskrise kriegen, dass wir Covid haben, dass es massive Veränderungen geben würde. Auch die Zahlen auf den Strukturwandel ein! Für uns ist wichtig, dass wir mit dieser Evaluation auch ein Stück weit Ideen bekommen, ob wir arbeitsmarktpolitisch auf dem richtigen Weg sind. Da muss ich an der Stelle deutlich machen, dass wir schon sehen, dass es – was das Thema Ersatzarbeitsplätze angeht – noch Nachholbedarf gibt, insbesondere im Bereich des produzierenden Gewerbes. Das ist von Revier zu Revier auch unterschiedlich. Deshalb muss man darüber reden, wie die Förderung künftig ausgestaltet wird, dass neben Infrastruktur- und Standortpolitik auch die Frage von neuer Wertschöpfung adressiert wird. Weil das eben am Ende des Tages dafür sorgt, dass auch Kaufkraft in die Regionen kommt. Man muss sehen: Wir haben in den Ostrevieren einen Lohndurchschnitt, der etwa 1.000 Euro unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Deshalb sind tarifvertragliche und mitbestimmte Arbeitsplätze von besonderem Wert, die in der Kohle verlorengehen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Moch. Für die CDU/CSU fragt jetzt Jens Koeppen, der einen schönen Wahlkreis in Brandenburg hat, wie ich weiß. Ab und zu darf ich da zu Gast sein.

Abg. **Jens Koeppen** (CDU/CSU): So sieht es aus, Herr Vorsitzender, vielen Dank. Meine Frage geht an die Frau Bürgermeisterin Herntier. Die Debatte um den Kohleausstieg vorzuziehen, ohne dass die Voraussetzungen hierfür nur ansatzweise erfüllt sind, verunsichert die Menschen in der Region und konterkariert natürlich die Absprachen in der Kohlekommission. Sie waren ja aktives Mitglied in der Kohlekommission und sind Bürgermeistern

in der Region. Wie sehen die Menschen die Debatte? Auch im Hinblick darauf, dass weder strukturpolitisch noch umweltpolitisch noch gesellschaftspolitisch und schon gar nicht energiepolitisch – von den Finanzen, das haben wir ja gestern wieder gesehen, ganz zu schweigen – es irgendeine Machbarkeit gäbe? Wie sehen Sie und die Menschen in der Region das?

SVe **Christine Herntier** (Bürgermeisterin der Stadt Spremberg): Vielen Dank für die Einladung. Der Kohleausstieg und der damit verbundene tiefgreifende Strukturwandel in der Lausitz – schließlich geht es um den letzten großen verbliebenen Industriezweig dort – ist zweifelsohne die Chance für die Region. Das haben die Bürgermeister schon 2016 erkannt. Das ist auch der Grund, weshalb ich heute hier mit meinem Kollegen Fred Mahro, Bürgermeister von Guben, anwesend bin. Wir wären gerne mehr – wir kommen hoffentlich später noch zum Thema Mobilität, die heute wieder unterirdisch war von der Lausitz in die Hauptstadt. Aber zu Ihrer Frage: Das darf nicht kaputtgemacht werden. Wir können uns nicht vorstellen, dass es eine zweite solche Chance für die Lausitz gibt wie diesen Strukturwandel mit dem Kohleausstieg. Es hat uns viel Kraft, Nerven und einige von uns auch Stimmen gekostet, für Akzeptanz in der Bevölkerung – ich habe 22.000 Einwohner, davon arbeiten 2.000 in der Kohle und in verwandten Unternehmen – für den Kohleausstieg zu sorgen. Wenn, wie unmittelbar nach der Konstituierung der neuen Bundesregierung, dann vom Ausstieg idealerweise schon 2030 gesprochen wird, dann führt das automatisch zu Verunsicherung. Das können wir nicht brauchen! Wir haben viele Gespräche mit der Regierung und mit wissenschaftlichen Einrichtungen geführt. Sie haben verschiedene Aspekte angesprochen. Das sehen wir auch so. Die Kommission hat sich ja über 80 Gutachten angehört, und daraus entstand die Jahreszahl 2038. Ich glaube, es wird auch immer mehr deutlich, dass es bei 2038 bleiben muss, auch aufgrund der Krisen, die hier seitens der Gewerkschaft ja zu Recht angeführt wurden. Für die Akzeptanz des Strukturwandels in der Lausitz bitten wir insbesondere die Mitglieder des Deutschen Bundestages darum, darauf zu achten, nicht leichtfertig mit dieser Jahreszahl zu spielen. Es geht auch um mehr als um die Lausitz! Das müssen wir auch mal sagen. Wir haben schon



2016 gegenüber der Kanzlerin gesagt: „Wir wollen europäische Modellregion für den Strukturwandel sein!“ Und das muss auch gelingen. Und das –

Der **Vorsitzende**: Frau Bürgermeisterin, ich unterbreche Sie ungern, weil es hoch spannend ist, und man kann auch ahnen, welche Herausforderungen das für die politisch Verantwortlichen vor Ort mit sich bringt. Aber ich gehe davon aus, Sie kommen gleich noch weiter zu Wort. Also bitte, sehen Sie mir das nach. Weil wir die Zeit einhalten müssen, damit auch jeder zu Wort kommt. Das Wort hat jetzt Bernhard Herrmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Bernhard Herrmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn Professor Zundel und schließt ein Stück weit an das an, was bisher gesagt wurde. Inwiefern sehen Sie die Transformation, den Strukturwandel, die sozial-ökologische Transformation als Chance auch für die ostdeutschen Kohleregionen? Was muss zudem getan werden, damit diese Chancen auch genutzt werden und der Strukturwandel letztendlich erfolgreich werden wird?

SV **Prof. Dr. Stefan Zundel** (BTU Cottbus-Senftenberg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für diese Frage. Der Strukturwandel in den neuen Bundesländern wird begleitet von einer Neuverteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten im Raum, die generell durch die ökologische und digitale Transformation ausgelöst wird. Speziell die brandenburgische Lausitz profitiert sehr stark davon, weil mit der Ansiedlung von Tesla in der Folge eine ganze Reihe von Investitionen im Industriebereich – insofern wichtig auch für den DGB – stattgefunden haben, die in Summe – jedenfalls nach dem Stand der Ankündigungen, das sind natürlich noch keine realen Arbeitsplätze – ziemlich locker ausreichen, um alle denkbaren Arbeitsplätze, die beim Energieversorger LEAG verlorengehen könnten, zu kompensieren. Insofern kann man sagen: Dieser Teil des Strukturwandels – die Kompensation der Arbeitsplatzverluste – ist – zugegebenermaßen natürlich zunächst auf dem Papier, die Arbeitsplätze sind ja nur zum Teil schon da – für die brandenburgische Lausitz gelöst. Für die sächsische Lausitz ist – vorausgesetzt, die Ansiedlung der Mikroelektronik findet dort statt –

vermutlich ein ähnlicher Effekt zu erwarten. Insofern kann man zunächst einmal sagen: Der Strukturwandel ist auf einem recht guten Weg. Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Das Wort beziehungsweise das Fragerecht hat jetzt Gerald Ullrich für die FDP.

Abg. **Gerald Ullrich** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Professor Schnellenbach. Wir reden viel über Geld, über Förderprogramme, die in die Lausitz gehen. Das ist ja aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille ist ein massives Fachkräfteproblem. Was ist aus Ihrer Sicht die beste wirtschaftspolitische Strategie zur Gewinnung und Sicherung der dringend benötigten Fachkräfte in den Kohleregionen Ostdeutschlands und zur Bewältigung des Demografieproblems, insbesondere in der Lausitz?

SV **Prof. Dr. Jan Schnellenbach** (BTU Cottbus-Senftenberg): Vielen Dank für die Möglichkeit, hier kurz Stellung zu nehmen. Wenn wir den Stand des Strukturwandels in der Lausitz sehen, wie Kollege Zundel das auch gerade schon angedeutet hat, dann sehen wir tatsächlich, dass wir kein Arbeitsplatzproblem im engeren Sinne haben, zumindest was die Zahl der Arbeitsplätze angeht. Wir haben vielleicht noch ein Problem, wenn es um die Produktivität der Arbeitsplätze geht, die noch etwas geringer ist als im Bundesdurchschnitt, was eben auch dazu führt, dass wir hier tendenziell immer noch geringere Löhne haben. Das ist natürlich schon mal ein Problem, wenn es darum geht, Fachkräfte in die Region zu holen. Man bräuchte natürlich auch Arbeitsplätze mit höherem Produktivitätsniveau, die dann auch attraktiv genug sind, um Arbeitskräfte in der Region zu halten. Also, das ist schon mal ein Hebel, den man nutzen kann: Bei der Ansiedlungspolitik darauf zu achten, vor allen Dingen die qualitativ hochwertigen, hochproduktiven, relativ hoch entlohnten Arbeitsplätze anzusiedeln. Das wird auch schon gemacht. Da haben wir den Schwerpunkt auf der Industrieseite bei Ansiedlungen wie dem Bahnwerk in Cottbus. Wir haben forschungsintensive Arbeitsplätze, wir haben Verwaltungsarbeitsplätze, die angesiedelt werden. Das sind alles Maßnahmen, die auf der Produktivitätsseite recht gut wirken. Aber dann



muss man natürlich auch noch schauen, wie man die Region insgesamt in Bezug auf die Lebensqualität attraktiv hält. Als Ort, an dem man wohnen möchte, als Ort, der eben auch als Wohnsitz interessant ist für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Das muss man nicht nur in den großen Städten sehen, sondern auch in der Fläche. Man muss auch die Peripherie in der Region selbst beachten, nämlich dass die Region selbst relativ heterogen ist. Da geht es dann eben tatsächlich darum, dass man vielleicht auch in der Förderpolitik etwas wegkommen müsste von der starken Orientierung an der reinen Arbeitsplatzzahl, hin zur Daseinsvorsorge in der Fläche, zum kulturellen Angebot beispielsweise. Zu all diesen Dingen, die die Region insgesamt als Platz interessanter machen, gerade für die höher qualifizierten Menschen, die man dort eigentlich binden und gewinnen möchte. Vielen Dank!

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Professor Schnellenbach. Die Attraktivität des ländlichen Raums ist wahrscheinlich nicht nur in der Lausitz von hohem Interesse, sondern auch anderswo. Aber angesichts der Gesamtumstände war es natürlich ein wichtiger Hinweis, dass es gerade dort auch spannend ist, ob man dort leben möchte und ob man dort wohnen kann, in aller Zufriedenheit. Jetzt hat die AfD das Fragerecht und Dr. Malte Kaufmann wird die Frage stellen.

Abg. **Dr. Malte Kaufmann** (AfD): Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Fragemöglichkeit. Meine Damen und Herren! Ich wollte meine Frage auch an Herrn Professor Schnellenbach richten. Eine auf Dauer aus eigener Kraft lebensfähige Region braucht eine industrielle Wertschöpfung durch mittelständische Unternehmen. Das haben Sie auch gerade ausgeführt. Da wollte ich Sie fragen, ob aus Ihrer Sicht die bisherige Planung bereits jetzt die Weichen dafür stellt oder welche weiteren besonderen Maßnahmen erforderlich sind, damit die eingesetzten Gelder auch zielgerichtet verwendet werden und nicht versickern. Sie hatten gerade auch die geringe Produktivität angesprochen. Vielleicht könnten Sie da noch ein bisschen weiter ausführen, wie es möglich ist, Arbeitsplätze mit höherer Produktivität in der Region anzusiedeln. Danke.

SV **Prof. Dr. Jan Schnellenbach** (BTU Cottbus-Senftenberg): Wir haben in der Lausitz

grundsätzlich das Problem, dass wir eine Unternehmensstruktur haben, die auf der einen Seite wenige sehr große Unternehmen aufweist, wie die LEAG beispielsweise, und auf der anderen Seite sehr viele sehr kleine, relativ wachstumsschwache Unternehmen. Das heißt, diesen klassischen Mittelstand mit Hidden Champions, wie man ihn aus anderen Regionen kennt, den haben wir in dieser Form in der Lausitz bisher nicht. Es ist typischerweise dieser etwas wachstumsstärkere Mittelstand, der sonst eigentlich gerade für die hoch produktiven, interessanten Arbeitsplätze wesentlich mitverantwortlich ist. Es ist allerdings auch schwierig, so etwas künstlich wirtschaftspolitisch beziehungsweise regionalpolitisch zu schaffen. Ein Weg, den man gehen kann, ist die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen, die wir jetzt relativ stark angehen. Dies passiert in der Hoffnung, dass aus diesen stark anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen dann auch irgendwann Unternehmen ausgegründet werden, sich auch Unternehmen im Umkreis dieser Forschungseinrichtungen niederlassen, dass da also neue Wachstumskerne entstehen, die dann auch nicht nur verlängerte Werkbänke sind, sondern selbst dann wiederum stärker forschungs- und entwicklungsorientiert sind und damit auch auf andere Märkte vorstoßen. Anders, als dass dies die sehr kleinen Unternehmen bisher tun, die wir sehr stark in der Region haben. Das heißt, das ist schon eine plausible Strategie, die da gegangen wird, dass über den Umweg der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen beziehungsweise Instituten in der Region versucht wird, auch eine stärkere industrielle Wertschöpfung zu etablieren. Ich glaube, das ist auch der nachhaltigere Weg – verglichen mit der anderen Variante, die darin bestehen würde, jetzt noch einmal sehr hohe Ansiedlungssubventionen für einzelne Unternehmen zu versprechen. Das wäre, glaube ich, nicht so sinnvoll.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Für die SPD kommt jetzt auch ein Brandenburger zu Wort, nämlich Hannes Walter. Bitte schön.

Abg. **Hannes Walter** (SPD): Vielen Dank! Ich habe einen mindestens genauso schönen Wahlkreis wie Herr Koeppen. Herr Abraham weiß das (*lacht*). Meine Frage geht an Frau Derks. Wir haben die Chance, im Strukturwandel jetzt mit einer



wissenschaftlichen Begleitung vielleicht auch andere Signale zu setzen. Grundsätzlich zum Lausitz Science Park: Was denken Sie, was ist der große Vorteil, dass Sie das auch wissenschaftlich begleiten, uns vielleicht Hinweise geben können? Wie kann das positiv auf die Transformation bis 2038 wirken?

SVe **Ariane Derks** (Lausitz Science Park – BTU Cottbus-Senftenberg): Herr Vorsitzender, liebe Kollegen, sage ich jetzt einfach mal. Erst einmal danke ich für die Frage, Herr Walter. Um das Ganze noch mal kurz einzuordnen: Der Lausitz Science Park soll ja eigentlich die Heimat all dieser Ausgründungen werden, über die Herr Schnellenbach unter anderem gesprochen hat, und wo jetzt auch die Frage im Raum steht: Wie bekommen wir das hin, konsequent für Wirtschaftsansiedlung zu sorgen? Die BTU hat dankenswerterweise über die Möglichkeiten der Strukturfördermittel sehr viele Projekte im Forschungsbereich, die aber das ganz konkrete Ziel haben, auch Unternehmen auszugründen. Der Lausitz Science Park soll die Heimat dieser Projekte werden. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich bin noch nicht so lange in der Lausitz, fühle mich sehr wohl und bewundere wirklich das Engagement von allen Leuten. So sagt nämlich die BTU – das müsste eine Universität auch nicht machen –: Ja, wir erkennen unsere Verantwortung an, tatsächlich auch auszugründen! Auch eine Stadt Cottbus, die sagt: Ja, wir gehen jetzt da mal ins Risiko und versuchen, einen Technologiepark zu gründen, um einfach kluge Leute in die Lausitz zu holen, dort für Ansiedlungen zu sorgen, attraktiv und ein neues Zentrum in der Region zu sein, ohne die Region zu vergessen. Das ist eben auch ganz wichtig, auch das haben wir gehört: Es gibt die Peripherie, es gibt viele kleine Unternehmen, die wir alle mitnehmen müssen. Das ist eben das Ziel, das wir dankenswerterweise an der BTU und mit der BTU zusammen haben, um dort diesen Nukleus zu bilden.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Derks. Jetzt hat der Kollege Lars Rohwer das Wort für die CDU/CSU.

Abg. **Lars Rohwer** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zwei Fragen oder jeweils eine Frage an die beiden Sachverständigen Frau Herntier und Herr Mahro. Wir sind uns wahrscheinlich sehr schnell einig, dass der

Fachkräftemangel in der Tat eine Zukunftsfrage für die Lausitz sein wird. Deshalb ist für mich die Frage an Sie als Praktiker, die in der Region sind: Ich habe manchmal das Gefühl, wir reden zu viel über die Lausitz als mit der Lausitz. Deswegen frage ich Sie ganz gezielt, wie Sie das einschätzen für die Zukunft. Wird es ein Hemmschuh sein und ist vielleicht auch die permanente Debatte über einen Kohleausstieg schon 2030 genau deshalb noch eine zusätzliche Belastung für dessen Planbarkeit? Ursprünglich war ja 2038 vereinbart.

Der **Vorsitzende**: Ich schlage vor, Sie teilen sich die verbliebene Zeit noch. Das wäre schön.

SVe **Christine Herntier** (Bürgermeisterin der Stadt Spremberg): Ganz kurz, Herr Vorsitzender. Für die, die in der Lausitz sind und um Ihren Arbeitsplatz fürchten, ist das eine Belastung und sorgt für Verunsicherung. Für diejenigen, die kommen sollen, spielt der Kohleausstieg meiner Erfahrung nach eher nicht die Rolle. Da geht es eher darum, dass schnell umgesetzt wird. Dass zum Beispiel im Industriepark Schwarze Pumpe die vier sächsischen Institute zum Forschungscluster CircEcon zusammenkommen und dass die Unternehmen gestärkt werden. Also, man kann das nicht verallgemeinern. Für die, die gerade in der Kohle arbeiten, ist es eine Verunsicherung. Die denken darüber nach, wegzugehen, und für die anderen ist es eher ein Zugpferd.

SV **Fred Mahro** (Bürgermeister der Stadt Guben): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Mitglieder des Deutschen Bundestages, vielen Dank für die Einladung. Was die Fachkräfte betrifft, ist das ganze Thema sehr, sehr komplex. Also, es geht zum einen über die, die da sind und dableiben wollen, und das seit 30 Jahren, wenn man die politische Wende mal als Marke nimmt. Zum Zweiten ist es so, dass Menschen vor Ort – ich bin selber am Kraftwerk in Jänschwalde groß geworden – ein Interesse haben, in der Energiebranche zu bleiben wollen, egal in welcher Form. Dort heißt es: „Ich möchte aber weiter Strom produzieren. Ich möchte weiter für die Energieversorgung da sein.“ Die sind weiterhin mit Herz und Seele dabei. Die gilt es erst mal weiterhin zu halten, Mut zu machen und zu sagen: „Du hast deine Perspektive!“ Und die haben die Kollegen auch. Das dritte ist das Thema



des Nachwuchses. Ich glaube, da wird es wirklich ein Problem geben, die Lausitzer in der Lausitz zu halten und auch zu neuen Berufen zu qualifizieren, deren Berufsbilder es noch gar nicht in der Bundesrepublik gibt. Da müssen wir also wirklich auch umsteuern und uns fragen: Wo bilden wir noch neu aus? Und das Vierte, was ich sagen will: Ich bin Bürgermeister einer Grenzstadt. Hier arbeiten 1.000 polnische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Unternehmen. Da gilt es natürlich auch, über diese europäische Dimension im Sinne von Deutschland und Polen neu nachzudenken und zu sagen: Wir dürfen uns nicht kannibalisieren, nicht bloß innerhalb Deutschlands, sondern auch in Bezug auf unser Nachbarland. Das heißt, wir müssen Mobilität erzeugen, dass ich in meinem Land weiter verbleiben kann, aber trotzdem vielleicht hinter der Grenze arbeite. Das alles sind die Dinge, die jetzt hier anstehen. Sie haben gefragt: Ist das ein Problem? Das könnte ein Problem werden, wenn wir nicht rechtzeitig – und das heißt jetzt – reagieren.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Bernd Westphal hat das Fragerecht.

Abg. Bernd Westphal (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Herrn Moch vom DGB. Der Bericht evaluiert alle drei Braunkohlereviere, also das rheinische Revier, das mitteldeutsche sowie die Lausitz. Gibt es Erkenntnisse, wo die Mittel am effizientesten, am besten eingesetzt werden zur Bewältigung dieses Strukturwandels? Und vielleicht ein Argument, eine Anmerkung, Herr Vorsitzender, wenn das erlaubt ist: Mir ist das hier wirklich sehr positiv aufgefallen, wie Herr Mahro und auch Frau Herntier als Kommunalpolitiker diesen Strukturwandel positiv begleiten. Ich finde, es ist auch ein Signal an diejenigen Menschen, die sich Sorgen machen in diesen Regionen und da eher einer Partei hinterherlaufen, die noch nicht einmal in der Lage ist, einen Sachverständigen für diese Anhörung zu benennen.

SV Frederik Moch (DGB-Bundesvorstand): Vielen Dank für die Frage. Also, wir sehen natürlich – wenn man sich die Wirtschaftsstruktur anguckt –, dass insbesondere in den Kohlerevieren traditionell auch energieintensive Industrien angesiedelt sind und auch bedingt durch die

Energiepreisentwicklung dort natürlich auch Unsicherheiten bestehen. Es ist deshalb auch wichtig, die Energiewende voranzubringen, damit diese Industriezweige auch eine Zukunft haben, weil sie für die Wertschöpfung wichtig sind. Insbesondere würde ich sagen, im Brandenburger Teil der Lausitz hat man erkannt, dass die Ansiedlung von Wertschöpfung wichtig ist, um dafür zu sorgen, dass Regionen attraktiv sind. Ich würde an der Stelle auch ein Stück weit widersprechen, was andere Sachverständige hier formuliert haben. Dass man einseitig auf Standortpolitik und Daseinsvorsorge setzen soll. Beides ist wichtig für die Lebensqualität in der Region, aber nicht hinreichend dafür, dass man mit dem Einkommen, was man von der Hände Arbeit erzielt, auch ein anständiges Leben führen kann. Da müssen wir einfach den besonderen Wert der Kohlearbeitsplätze erkennen, die mitbestimmt sind, die sehr auskömmlich sind und die im Moment auch Kaufkraft in der Region halten. Deshalb ist es für uns sehr wichtig, dass wenn es um die Ansiedlung von Arbeitsplätzen geht, wir dort eben auch die Qualität von Arbeit in den Blick nehmen. Das findet bisher – das zeigt auch der Evaluationsbericht – nicht statt, weil es im Indikatorenset schlichtweg gar nicht vorgesehen ist. Wenn man zum Beispiel in die USA guckt, Stichwort: Inflation Reduction Act. Der setzt ganz gezielt auf Stärkung von Mittelschicht und gut bezahlter Arbeit im Strukturwandel. Das ist etwas, was wir uns anschauen können. Vielleicht zu der Fachkräftefrage, weil das auch eine große Rolle für die Zukunft spielt: Wir haben gemeinsam mit unserem Projekt Revierwende, dem Bundesverband Erneuerbare Energien und der LEAG dieses Jahr eine Zukunftsakademie gemacht, um junge Menschen für den Strukturwandel zu begeistern, sie zu informieren und zu zeigen, welche positiven Möglichkeiten es gibt in der Region. Ich denke, wir müssen über das Positive reden.

Der Vorsitzende: Das ist eine kluge Feststellung. Das könnten wir vielleicht auch häufiger in Deutschland mal tun. In diesem Sinne ist es jedenfalls gut, junge Leute entsprechend zu motivieren, das stimmt schon – und die Älteren, die den Umbruch ja schon mal hatten, erst recht. Also, das sind große Aufgaben für die Bürgermeister. Knut Abraham hat jetzt das Wort



für die CDU/CSU.

Abg. **Knut Abraham** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, auch für die Gelegenheit, hier fragen zu dürfen. Ich möchte da anknüpfen, wo der Kollege Westphal gerade begonnen hat. Ich glaube, man hört auch jetzt schon aus Ihren Stellungnahmen, dass eigentlich der Strukturwandel doch "on track" ist, dass die Dinge laufen. Deswegen warnen wir ja davor, ihn mutwillig auf 2030 vorzuziehen. Ich habe zwei Fragen an Bürgermeister Mahro. Aus der Erfahrung, die jetzt hinter uns liegt: Klappt das gut auch für Ihre Verwaltung mit der Vergabepraxis? Was wären Ihre Ideen, um sicherzustellen, dass wirklich die kernbetroffenen Regionen profitieren? Da gibt es ja zum Teil etwas abstruse Beispiele. Zudem, liebe Frau Bürgermeisterin Herntier, ich bin doch neugierig, was Sie uns zum Thema Mobilität sagen, vielleicht abseits der Horrorerfahrungen von heute Morgen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Da bleiben doch glatt jeweils eine Minute. Bitte schön.

SV **Fred Mahro** (Bürgermeister der Stadt Guben): Kriegen wir hin! Herr Abraham, vielen Dank für die Frage. Ich denke, was die Kernbetroffenheit betrifft, ist die Lausitzrunde, die Vereinigung von 60 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus Sachsen und Brandenburg, das kernbetroffene Gebiet. Es gab meines Wissens danach auch keine weiteren Antragsstellungen von Bürgermeistern, da mitzumachen. Also die Einsicht der Bürgermeister ist möglicherweise da viel, viel größer als die der Landesregierungen. Das Zweite: Ich höre, was die Verteilung der Mittel betrifft, immer wieder den Begriff „fair“. Wie würden diese fair verteilt? Es geht nicht um fair! Es geht hier stattdessen darum, dass die Strukturmittel, die uns zur Verfügung stehen und auch zu großen Teilen schon gebunden sind, dort eingesetzt werden, wo sie die größten Effekte für den Strukturwandel, für die Transformation erzielen und gleichzeitig auch dazu dienen, dass sowohl größere Unternehmen wie die LEAG, aber auch der kleine Handwerkerbetrieb profitieren. Denn die Verbindung zwischen großen Betrieben mit Nachfolgeaufträgen für die kleinen Unternehmen ist ja eigentlich das Herzstück, was wir dort haben. Da kann ich aus der praktischen Erfahrung in Guben zumindest sagen: Wir haben zum

Beispiel bei der Ansiedlung von Jack Link's, besser bekannt als Produzent der Minisalami BiFi, ein absolutes Einvernehmen zwischen dem Investor und den handwerklichen Betrieben vor Ort. Das ist, glaube ich, ein Paradebeispiel, wie Strukturwandel gelingen kann. Denn Guben ist ja eigentlich chemisch geprägt. Mit Lebensmittel hatten wir eigentlich nicht viel am Hut.

Der **Vorsitzende**: Frau Herntier, Sie dürfen ein bisschen überziehen.

SVe **Christine Herntier** (Bürgermeisterin der Stadt Spremberg): Danke, es wird schnell gehen. Mobilität, fehlende oder schlechte Anbindung an die europäischen Metropolregionen ist eines der großen Defizite der Lausitz. Das ist herausgearbeitet worden in der Kommission. Und vielleicht mal etwas plakativ: Wenn jeden zweiten Tag ein langer Bericht über das Bahnwerk in den Zeitungen steht beziehungsweise im rbb gezeigt wird, dann ist das sicherlich sehr lobenswert. Aber wenn die Leute nicht von A nach B kommen oder so wie heute es unseren Kollegen nicht möglich ist, von Spremberg mit der Bahn nach Berlin zu fahren – und diese Vorfälle häufen sich – dann sät auch das Zweifel. Das muss deutlich schneller gehen, das muss priorisiert werden, gerade die Schieneninfrastrukturprojekte, und damit auch beschleunigt werden. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Ja, herzlichen Dank. Herr Kollege Herrmann hat das Wort.

Abg. **Bernhard Herrmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Aus einer Großstadt in Südwestsachsen kommend, die an Leipzig schlecht angebunden ist, können wir das sehr nachvollziehen. Auch bei uns in Chemnitz findet der Kohleausstieg – im Januar 2024 – statt. Nach sehr kurzer Zeit sehr überraschend gekommen, aber doch gelungen. Der Kohleausstieg ist ja nun mal auch nach dem Kohlekompromiss selbst nicht auf 2038 in Stein gemeißelt, sondern lautet spätestens 2038. Das schließt selbstverständlich nicht aus, dass betriebswirtschaftliche Gründe dazu führen können, dass es deutlich eher kommt. Die Versorgungssicherheit steht ganz vornedran, ebenfalls auch der geordnete Prozess in den Revieren. Aber man muss auch so ehrlich sein, dass es die Politik nicht vollständig in der Hand hat. Deswegen die Frage an Herrn Professor Schnellenbach: Wäre es nicht fahrlässig, dass



wenn aus betriebswirtschaftlichen Gründen der Ausstieg eher kommen kann, sich die Politik und wichtige Akteure nicht auf dieses Szenario vorbereiteten? Das ist die Frage an Sie. Und in der anderen Minute würde mich sehr interessieren, von Herrn Moch: Gerade auch die Anpassungsgelder würden ja auch nur ausgezahlt, wenn Kraftwerke aufgrund des Ordnungsrechts abgeschaltet werden, nicht wenn es ungeordnet erfolgt. Wie gehen wir damit um? Danke.

Der **Vorsitzende**: Es wird ja sportlich, mit 1:40 Minuten zweimal zu antworten. Herr Schnellenbach, Sie fangen erst mal an, glaube ich.

SV **Prof. Dr. Jan Schnellenbach** (BTU Cottbus-Senftenberg): Vielen Dank für die Frage, dann beeile ich mich. Es ist tatsächlich so, dass es betriebswirtschaftliche Risiken gibt, beispielsweise steigende CO₂-Preise sicherlich dazu führen können, dass die weitere Kohleförderung und -verstromung einfach betriebswirtschaftlich uninteressant wird. Ich glaube, das sind Marktrisiken, mit denen Unternehmer konfrontiert sind und mit denen sie auch leben müssen. Da kann es keine politischen Garantien geben, dass bis in alle Ewigkeit oder bis 2038 tatsächlich auch die Kohleverstromung und -förderung bestehen bleiben. Insofern ja, es ist tatsächlich sinnvoll, auch auf diese Risiken und darauf vorbereitet zu sein, dass die Unternehmen schon vorher von sich aus sagen, dass es sich einfach nicht mehr lohnt, Kohle zu fördern und zu verstromen.

Der **Vorsitzende**: Herr Moch.

SV **Frederik Moch** (DGB-Bundesvorstand): Das wird sportlich. Also, wir sehen natürlich, dass wir im Moment ein Problem haben mit der Energieversorgungssicherheit. Wir sehen die Herausforderungen des Strukturwandels und wir sehen die klimapolitische Notwendigkeit, eigentlich schneller zu werden. Das ist ein Zielkonflikt, den man dadurch auflöst, dass man die Energiewende beschleunigt und dass wir unsere Hausaufgaben im Strukturwandel machen. Was das Anpassungsgeld anbelangt: Das muss immer synchronisiert sein auf die Zeitabläufe beim Kohleausstieg, was wir zum Beispiel in NRW gerade noch vermissen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank dafür. Jetzt hat das Fragerecht die – ach nein, die Fraktion kann ich

nicht mehr sagen. Pascal Meiser hat jetzt das Wort, und zwar nur für anderthalb Minuten.

Abg. **Pascal Meiser** (fraktionslos): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Frau Herntier als Sprecherin der Brandenburger Kommunen in der Lausitzrunde. Auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, hat die Bundesregierung ja jüngst eingeräumt, dass für die Lausitz wichtige Schienenprojekte erst Jahre später als geplant fertig werden. Meine konkrete Frage an Sie: Können Sie bitte noch mal konkretisieren, was Sie hier genau von der Bundesregierung erwarten?

SVe **Christine Herntier** (Bürgermeisterin der Stadt Spremberg): Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie so wie die Kommunen erkennt, dass das Gelingen des Strukturwandels wichtig ist – nicht nur für die Lausitz, sondern auch für Deutschland. Wir sind ein Beispiel. Mobilität ist zwingend erforderlich dafür, und zwar eine deutlich bessere Mobilität als jetzt, auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels. Die Menschen müssen pendeln können – diejenigen, die ihren Arbeitsplatz in der Kohle- und Energiewirtschaft verlieren, aber auch diejenigen, die neue, interessante, auch Behördenarbeitsplätze in Anspruch nehmen wollen. Das kann nur mit einem guten Mobilitätsangebot gelingen. Auch dafür sind wir gerne Beispiel. Wir haben uns ja auch dem Kohleausstieg und der Energiewende schon 2016 verschrieben, aber die Bedingungen müssen dafür stimmen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Kollege Ullrich für die FDP-Fraktion.

Abg. **Gerald Ullrich** (FDP): Danke, Herr Vorsitzender. Ich hätte noch mal eine Frage an den Herrn Professor Schnellenbach. Wir haben ja nur zwölf Sekunden gehabt, um mal über das Anpassungsgeld zu sprechen. Das ist ein bisschen zu kurz gekommen. Zudem, das Anpassungsgeld, das in den Steinkohlerevieren gezahlt wird, ist ja auch ein kleines bisschen anders als das, was in den Braunkohlerevieren gezahlt werden soll. Könnten Sie noch mal Ihre Meinung zu den diesbezüglichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen sagen? Wie sehen Sie das? Danke.

SV **Prof. Dr. Jan Schnellenbach** (BTU Cottbus-Senftenberg): Die Logik des Anpassungsgeldes ist im Prinzip immer noch die gleiche, nämlich die,



dass man einen erleichterten Übergang in den Ruhestand ermöglichen möchte. Damit haben wir natürlich das Problem, dass das eine Maßnahme ist, die so ein bisschen aus der Logik von früheren Zeiten kommt, in der wir noch hohe Arbeitslosenquoten hatten, in der man tatsächlich keine Perspektiven mehr gesehen hat für Mitarbeiter aus der Kohleförderung, und denen man den erleichterten Übergang in den Ruhestand ermöglichen wollte. Die Frage ist, ob das tatsächlich noch in diese Zeit passt. Ich kann das natürlich aus Arbeitnehmersicht einerseits verstehen, dass man mit 58 Jahren oder älter nicht unbedingt noch mal sich beruflich neu orientieren möchte, aber andererseits: In Zeiten des Fachkräftemangels haben wir ja das Problem, dass wir da auf Arbeitskräftepotenzial verzichten, wenn wir diese vorzeitig in den Ruhestand schicken, die heutzutage bei der aktuellen Arbeitsmarktsituation sicherlich auch noch mal dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen könnten und auch nachgefragt würden. Wir haben eben nicht die Situation, dass diese Menschen bis zum Übergang in den Ruhestand arbeitslos wären, sondern es ist eine hohe Wahrscheinlichkeit da, dass diese Leute tatsächlich eine Arbeit finden würden und weiterarbeiten könnten. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels würde ich daher das Anpassungsgeld relativ kritisch sehen und eher dafür plädieren, dass man einen stärkeren Fokus darauf legt, dieses Arbeitskräftepotenzial weiterhin aktiv zu halten und dafür zu sorgen – oder zumindest anzureizen –, dass diese Menschen den Arbeitsmarkt auch weiter zur Verfügung stehen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Professor Schnellenbach. Das Wort hat Hannes Walter noch mal für die SPD.

Abg. **Hannes Walter** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Frau Derks und Frau Herntier. Im Evaluierungsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz wird der Werkstattprozess in der brandenburgischen Lausitz als Top-Down-Prozess bezeichnet. Ist das richtig oder nicht? Welche Gründe sprechen dafür oder dagegen?

Sve **Christine Herntier** (Bürgermeisterin der Stadt Spremberg): Da ich Werkstattmitglied bin, beginne ich mal. Wir haben uns sehr darum bemüht, es nicht Top-down zu machen, sondern die

Werkstätten sind eher das andere Prinzip. Auch in jeder der fünf Werkstätten sind Bürgermeister vertreten und damit ist schon gewährleistet, dass die Basis auch eine Stimme hat. Also Top-down kann ich nicht bestätigen.

Sve **Ariane Derks** (Lausitz Science Park – BTU Cottbus-Senftenberg): Dem kann ich mich in der Tat nur anschließen, weil die Werkstätten wirklich versuchen, mit dem ganzen Fachwissen, mit dem Regionalwissen die dort präsentierten Projekte maximal objektiv zu bewerten, ob sie der entsprechenden Region auch zugutekommen. So wie ich die Werkstätten bis jetzt erlebt habe, kann ich das auch nicht bestätigen. Das ist wirklich ein sehr demokratischer, aber auch sehr zielorientierter Prozess, der gut moderiert ist.

Der **Vorsitzende**: Sehr gut, vielen Dank. Das Wort hat Jens Koeppen.

Abg. **Jens Koeppen** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Herntier, wir haben in der vergangenen Legislatur viel über den Wasserhaushalt, das Wassermanagement gesprochen. Insbesondere unser Kollege Klaus-Peter Schulze. Das hatte man gar nicht auf dem Schirm, hat man jetzt wahrscheinlich immer noch nicht. Die Auswirkungen können gravierend sein, insbesondere wenn wir vorzeitig aussteigen sollten. Vor allen Dingen, weil ganze Regionen drohen auszutrocknen, inklusive dem Spreewald und auch die Spree hier in Berlin. Wie wird das vor Ort diskutiert mit den Fachleuten, mit den Universitäten, mit den Kommunen?

Sve **Christine Herntier** (Bürgermeisterin der Stadt Spremberg): Ja, das ist ein großes Thema in der Lausitz. Uns ist das bewusst, aber wir haben manchmal schon den Eindruck, hier in Berlin müssen wir da noch etwas „agitieren“ sozusagen. Wir plädieren sehr dafür, die sogenannte „Oberstudie“ ernst zu nehmen, nicht noch eine Studie zur Studie anfertigen zu lassen. Das, was dort festgeschrieben ist, hat schon Herr Töpfer in den 90er Jahren gleichfalls erforscht. Daraus müssen Maßnahmen abgeleitet werden. Auch für das Thema Wasserknappheit mitten in Europa ist die Lausitz ein Beispiel. Auch für dieses Thema ist dringend wissenschaftliche Unterstützung erforderlich. Wir haben uns sehr gefreut, dass der sächsische Ministerpräsident den Vorschlag zur Elbe-Wasserüberleitung zumindest aufgenommen



hat und da gesprächsbereit ist. Ohne zusätzliches Wasser für die Lausitz wird es nicht gehen. Sonst besteht die Gefahr des Trockenfallens der Spree. Das würde nicht nur der Lausitz wehtun, das würde dem Tourismus im Spreewald wehtun, und das könnte auch Berlin treffen. Da ist wirklich dringender Handlungsbedarf! Alles, was es dazu zu sagen gibt, was erforscht wurde, steht in dieser Oberstudie. Bitte beschäftigen Sie sich damit!

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Herntier. Das Wort hat Herr Enrico Komning, bitte.

Abg. **Enrico Komning** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Da wir heute in einer öffentlichen Sitzung sind, kann ich die Einwände von Herrn Westphal so nicht stehen lassen. Herr Westphal, es ist so, dass wir tatsächlich Schwierigkeiten haben, Sachverständige zu gewinnen. Das liegt letztlich auch daran, dass diese immer hinterher unter gesellschaftlichen Druck geraten. Wir hatten für heute einen, er konnte leider aus terminlichen Gründen nicht. Wenn Sie sich erinnern, stellen wir sonst in der Regel auch Sachverständige. Im Übrigen ist dieser Ort, glaube ich, auch keiner, um Wählerschelte zu betreiben. Wir sind in der Region deshalb so stark, weil Sie falsche Politik machen. Das wollte ich zumindest mal gesagt haben. Meine Frage richtet sich an Herrn Mahro. Herr Mahro, Sie haben mit Stolz berichtet, dass Sie um die 1.000 polnische Arbeitnehmer bei sich in der Region haben, was wir gut finden, was wir auch richtig finden. Das Fachkräfteproblem kann durchaus durch ausländische Arbeitnehmer behoben oder zumindest gemildert werden. Wir sehen aber eine derzeitige Einwanderungspolitik der Bundesregierung, die aus unserer Sicht nicht geeignet ist, das Fachkräfteproblem zu beheben. Ich würde Sie fragen: Sehen Sie die durch die Bundesregierung unregelte Zuwanderung in der Lage, die Probleme bei Ihnen vor Ort zu lösen? Und trifft diese Politik der Bundesregierung auf die Akzeptanz der Bevölkerung? Danke.

SV **Fred Mahro** (Bürgermeister der Stadt Guben): Also ich werde die wenige Zeit, die wir hier haben und über den Strukturwandel reden, nicht dazu nutzen, um mich mit Ihnen über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Migrationspolitik zu unterhalten. Das war nicht die Aufgabe, der ich mich hier stellen wollte. Ich kann Ihnen nur sagen, dass es momentan keinen

Betrieb in Guben gibt, der mehr als zehn Beschäftigte hat, der nicht mindestens einen polnischen Beschäftigten hat. Also das heißt, ganze Betriebe bei uns würden nicht mehr existieren, wenn es diese polnischen Arbeitskräfte nicht gäbe. Ich würde da auch deutlich unterscheiden: Wenn wir es mit Europa ernst meinen, dann müssen wir das auch für den Arbeitskräftemarkt als solches sehen. Und da sehe ich eine sehr gute Situation bei uns im grenznahen Bereich. Es gibt ja auch Geschäftsführer, die in Guben wohnen, deutscher Nationalität sind und in Polen als Geschäftsführer tätig sind. Also da findet ein reger Austausch statt und das ist das, was zielführend ist. Wie gesagt, mehr möchte ich zu dem Thema Migration eigentlich nicht sagen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Mahro. Bernhard Herrmann darf noch mal für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragen.

Abg. **Bernhard Herrmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage richtet sich noch mal an Herrn Professor Zundel. In Ihrer Stellungnahme machen Sie deutlich, dass die Arbeitsmarkteffekte des Kohleausstiegs in der Lausitz aufgrund der Gesamtstruktur, auch der demografischen Situation, gering sein werden. Auch ein frühzeitiger Kohleausstieg hätte keine dramatischen Auswirkungen. Könnten Sie dies ausführen? Wie entwickelt sich die Verfügbarkeit von Arbeitskräften und welche neuen Arbeitsplätze sind zu erwarten? Welche Auswirkungen hätte ein früherer Kohleausstieg der LEAG auf den Mittelstand in der Lausitz und auch auf gut bezahlte Industriearbeitsplätze? Wie verhält sich das Ihrer Einschätzung nach?

SV **Prof. Dr. Stefan Zundel** (BTU Cottbus-Senftenberg): Gering ist vielleicht etwas unglücklich formuliert. Natürlich gibt es einen ganz erheblichen Effekt, wenn die LEAG ihre Beschäftigten nicht auf die Dauer sichern kann. Der Effekt der Neuansiedlung ist auch erheblich. Das kann man nicht gering nennen. Nichtsdestotrotz gilt natürlich: Auf lange Sicht haben wir hoffentlich – Gott sei Dank – die Situation, dass die LEAG selbst einen Transformationsprozess durchläuft, der darin besteht, dass sie versucht, auf Erneuerbare Energien und ein damit verbundenes, nicht volatiles Energieangebot abzustellen. Wenn das



gelingt, dann wird die Frage, wie viele Arbeitskräfte in der Lausitz zur Verfügung stehen, recht dramatisch. Man hat das vor kurzem gesehen als Jänschwalde verlängert wurde und plötzlich 500 Leute nachgefragt wurden. Das war im Lausitzer Mittelstand kein Vergnügen. Insofern gibt es da einen Trade-off, den wird es auch immer geben. Das ist auch gar nicht so schlecht. Das hat Herr Schnellenbach schon angedeutet, wenn die neuen Betriebe hoffentlich dann auch an der Tarifstruktur etwas mehr ändern werden, als wir das bis jetzt gesehen haben. Aber unterm Strich kann man sagen: Für das Thema Arbeitsplätze ist das im Grunde genommen gelöst und hat überhaupt keinen Zusammenhang mit der Frage 2030 oder 2038. Da gibt es andere Gründe, über die man diskutieren kann, aber diesen nicht.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Professor Zundel. Das Wort hat Hannes Walter für die SPD.

Abg. Hannes Walter (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Anschließend an die gerade gestellte Frage möchte ich Herrn Moch gerne fragen. Wir haben viele Ankündigungen von Ansiedlungen, von neuen Industriearbeitsplätzen. Wenn ich bei mir im Wahlkreis gucke, Lauchhammer, SVOLT, Schipkau, wir haben das Bahnwerk in Cottbus. Ich selbst komme von einem kleinen Handwerksunternehmen. Welche Chancen haben wir denn, dass die ganzen Arbeitsplätze, die jetzt noch da sind, kleine und mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe, auch nachbesetzt werden können, trotz der gewaltigen Ansiedlung in der Industrie? Dass es keine zu große Abwanderung dorthin gibt, dass wir auch unsere Wirtschaftsstruktur, wie wir sie haben, noch weiter erhalten können?

SV Frederik Moch (DGB-Bundesvorstand): Vielen Dank für die Frage. Ich denke, wir haben jetzt von verschiedenen Seiten gehört, dass es durchaus eine positive Arbeitsplatzentwicklung geben kann, quer über die gesamte Wirtschaftsstruktur. Die Qualität von Arbeit spielt dabei aber eine große Rolle. Es gibt natürlich Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Wir haben auf der anderen Seite eben auch noch eine stille Reserve zu heben, in Deutschland insgesamt 3 Millionen Menschen, die aus vielerlei Gründen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Es ist natürlich schon auch die Frage,

inwieweit wir diese stille Reserve durch entsprechende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen heben können, inwieweit wir in den Regionen die Attraktivität so steigern, dass Menschen vielleicht auch von einer Region in eine andere ziehen und dort ihr Glück suchen und hoffentlich dann auch finden werden. Was im Speziellen das Handwerk anbelangt, möchte ich insofern einen Punkt machen, dass wir feststellen, dass 60 Prozent der Gesellen nach der Ausbildung im Handwerk das Handwerk verlassen und Richtung Industrie abwandern. Das hat etwas mit den Arbeitsbedingungen zu tun, und insofern ist natürlich die Frage der Attraktivität von Arbeitsbedingungen – das geht übers Portemonnaie, aber eben auch nicht nur – eine sehr wesentliche, die sich auch das Handwerk stellen muss, die wir uns generell natürlich in diesem Strukturwandelprozess stellen werden müssen. Denn wir sehen, dass natürlich auch bei Neuansiedlungen nicht automatisch neue Unternehmen, die sich gerade in Brandenburg im Automobilbereich ansiedeln – ich nenne jetzt keine – die Frage der Qualität von Arbeit schon eine Rolle spielt. Ich denke, wir sind in Deutschland sehr gut gefahren mit unserem Modell der Sozialen Marktwirtschaft, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer in freien Verhandlungen, in Tarifverträgen Arbeitsbedingungen festlegen. Die können das viel besser als der Staat. Deshalb, glaube ich, muss man auch die Bedingungen in der Förderpolitik und generell im Strukturwandel so förderlich machen, dass eben dieses Modell der Sozialpartnerschaft auch eine Rolle spielen kann.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Moch. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, war die Abwanderung von 60 Prozent der Gesellen in die Industrie eine bundesweite Zahl und nicht nur auf die Lausitz bezogen?

SV Frederik Moch (DGB-Bundesvorstand): Das ist korrekt.

Der Vorsitzende: Okay, vielen Dank. Knut Abraham für die CDU/CSU.

Abg. Knut Abraham (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe noch eine Frage an Bürgermeister Mahro, und zwar bezüglich der Mittel aus der ersten Förderperiode, die nicht ausgegeben werden können, aus was für Gründen



auch immer. Wie gestaltet sich der Übergang in die zweite Förderperiode? Ist der sichergestellt? Gibt es Ideen dazu, wie sichergestellt werden kann, dass Mittel, die in der ersten Förderperiode nicht ausgegeben werden, in die Zweite überführt werden können?

SV Fred Mahro (Bürgermeister der Stadt Guben): Vielen Dank. Das ist ein Problem, was wir gerade in der Lausitzrunde auch sehr diskutiert haben. Für uns ist klar, dass es, was den Strukturwandel insgesamt betrifft, den Rahmen gibt. Auch die Finanzierung. Deshalb steht es für uns außer Zweifel, dass es hier eine Flexibilität geben muss. Denn wir müssen eins sagen: Es gab Effekte, die haben wir so vorher nicht eingeschätzt. Zum Beispiel den Effekt, dass man doch recht schnell als Bürgermeister aus einer therapeutischen Funktion den Bürgern den Strukturwandel erklärt und sagt: „Jetzt ist der Strukturwandel da und das und das passiert.“ Also, das war erst mal eine Sache, die positiv war. Wir haben allerdings als Bürgermeister unterschätzt, welcher Aufwand damit verbunden ist, wenn man zum Beispiel ein im Flächennutzungsplan ausgewiesenes Industriegebiet tatsächlich in eine Bebauungsreife stellt. Das sind alles Planungsprozesse, die dauern, die auch Geld kosten, wo wir auch am Limit sind als Kommunen, das zu finanzieren, vorzufinanzieren. Deshalb, wie gesagt, glauben wir, dass es ein wichtiges Signal ist, dass man diese Mittelübertragung über diese Zeiträume ein Stück weit streckt und auch in der Lage sein sollte, im Bedarfsfall tatsächlich Mittel vorzuziehen. Also, dass man nicht so sehr in Clustern von zeitlichen Räumen denkt, sondern vielmehr sagt: Okay, es gibt ein Budget, das müssen wir sicherlich auch über den Haushalt des Bundestages über mehrere Jahre ein Stück weit ziehen und dort aber die größtmögliche Flexibilität ermöglichen. Denn ein Investor wartet nicht, bis der Bundestag irgendwo was beschlossen hat, sondern der Investor kommt und will dann seine Voraussetzungen dort haben. Und die müssen wir als Kommune schaffen.

Der Vorsitzende: Sehr gut. Am besten trifft er dann auf einen klugen Bürgermeister, wie das in der Lausitz dann im Zweifel auch der Fall sein wird. Vielen Dank. Bernd Westphal, bitte.

Abg. Bernd Westphal (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Frederik Moch

und Ariane Derks. Wir haben eben gehört, der Strukturwandel wird sehr positiv und – Frau Herntier hat es vorhin gesagt – als Chance für die Lausitz verstanden, dass man aus der fossilen Welt rausgeht. Vor allen Dingen habe ich das selbst bei einem Besuch im Sommer gesehen, welche Impulse auch vom Unternehmen LEAG gesetzt werden für die neue Welt, für Erneuerbare Energien und auch für neue Technologien. Auch die LEAG ist davon überzeugt, dass man gerade die Nutzung von Braunkohle auch beenden kann, jetzt in diesen Rahmenbedingungen. Deshalb meine gesellschaftspolitische Frage: Ich habe eher wahrgenommen, dass es auch einen hohen Fachkräftebedarf gibt. Inwieweit schadet das, dass man Klimaleugner hat und fremdenfeindliche Politik? Dass das Image der Region genau darunter leidet, dass sich Menschen eben nicht entscheiden, als Fachkräfte in die Lausitz oder ins Rheinischen Revier oder woanders hinzugehen?

SV Frederik Moch (DGB-Bundesvorstand): Also die Herausforderungen sind, was das Thema anbelangt, sehr groß. Gewerkschaften streiten und werben für Weltoffenheit und gegen Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Wir haben ein Projekt aufgesetzt, „Revierwende“, was sich explizit auch mit der Kommunikation und der Netzwerkarbeit im Strukturwandel befasst, weil wir dafür werben wollen, dass dieser Veränderungsprozess Chancen hat bei all den Herausforderungen, die auch hier diskutiert werden. Es kann natürlich auch nicht sein, dass wir Herausforderungen kleinreden, sondern uns ehrlich machen und versuchen, gute Lösungen zu finden. Wichtig ist dabei, dass die Verlässlichkeit und auch die Transparenz des Strukturwandels durch eine gute Kommunikation vorangebracht werden. Da würden wir uns schon auch wünschen, dass es noch mehr Transparenz gibt über die Maßnahmen im Strukturwandel, dass beispielsweise auch Gewerkschaften einen stärkeren Einblick haben in das, was auf der Bundesebene im Bund-Länder-Koordinierungsgremium passiert. Ich glaube, am Ende des Tages müssen die tragenden Säulen der Gesellschaft sich dieser Herausforderung annehmen.

Der Vorsitzende: Danke schön. Frau Derks, bitte!

Sve Ariane Derks (Lausitz Science Park – BTU Cottbus-Senftenberg): Herzlichen Dank! Ich kann



das nur bestätigen. Ich würde gerne noch auf einen Punkt hinweisen, weil wir über Image sprachen. Ich persönlich empfinde, dass in der Presse über die Lausitz leider oft wenig gut berichtet wird. Das ist genau das, was Sie jetzt auch gerade sagen. Ich finde das sehr bedauerlich, weil tatsächlich extrem viel Positives passiert. Ich finde auch, dass man das Selbstbewusstsein stärken sollte in der Region. Da ist, glaube ich, einfach nicht erlernt, über das zu sprechen, was wirklich gut läuft. Das passiert aber jetzt. Jetzt kommen die guten Beispiele. Es gibt die Menschen, die mit vollem Engagement eben an diesen Projekten arbeiten. Und die brauchen Bühnen, die über die Lausitz hinausgehen, nationale und internationale. Die dürfen auch darin bestärkt werden, genauso zu agieren, nämlich auch international zu agieren. Frau Herntier hat eben das Wort Modellregion genannt. Ich glaube, das kann es wirklich werden mit all der Kraft, die eben darin steckt, und das hat was mit dem Image zu tun.

Der **Vorsitzende**: Sehr gut. Nutzen Sie gerne die verbleibende Zeit, die Lausitz so zu beschreiben, wie sie ist: Nämlich offenkundig ja doch auch mit hoher Attraktivität. Herr Kollege Ullrich, bitte.

Abg. **Gerald Ullrich** (FDP): Ich habe noch eine Frage an den Professor Schnellenbach. Der Bericht hat gezeigt, dass die Beschäftigungsquote in allen Revieren ansteigt, außer im sächsischen Revier. Ist das einfach nur ein zeitlicher Versatz? Kann man damit rechnen, dass das sächsische Revier aufholt und zu den anderen aufschließt? Oder gibt es strukturelle Probleme, wo man sagen könnte, man müsste sich die Bedingungen im sächsischen Revier noch mal genau anschauen?

SV **Prof. Dr. Jan Schnellenbach** (BTU Cottbus-Senftenberg): Das ist natürlich die Frage. Also, wenn man sich die Zeiträume anschaut, dann sieht das so aus, dass ich da noch keine wirklich strukturellen Probleme diagnostizieren würde. Was wir feststellen, ist, wenn man das über einen längeren Zeitraum von 2013 bis 2022 sieht, dass die Beschäftigungsquote im sächsischen Teil des Lausitzer Reviers, relativ schnell ansteigt, ein bisschen schneller ansteigt noch als in anderen Revieren und auch ein höheres Niveau erreicht. 2019 hatten wir 66,2 Prozent Beschäftigungsquote erreicht im sächsischen Teil des Lausitzer Reviers, im brandenburgischen Teil 64,6 Prozent. Das ist

jetzt kein statistisch signifikanter Unterschied, aber man sieht einfach, dass im sächsischen Teil schon relativ schnell ein sehr hohes Niveau erreicht wurde. Das führt dann eben auch dazu, dass der weitere Anstieg bis 2022 nicht mehr so stattfand, sondern bis 2020 im sächsischen Teil ein Rückgang der Beschäftigungsquote um 0,4 Prozentpunkte zu beobachten war. Aber das ist eben tatsächlich nur etwas, was wir am aktuellen Rand sehen und was sich immer noch auf sehr, sehr hohem Niveau abspielt. Insofern wäre ich sehr vorsichtig damit, da jetzt irgendwelche wirklich tiefgreifenden strukturellen Probleme auf der sächsischen Seite zu diagnostizieren. Das ist einfach eine geringe Schwankung auf einem relativ hohen Niveau, auch verglichen mit dem Durchschnitt der Kreise in West- und Ostdeutschland. Insofern sehe ich da noch kein wirklich strukturelles Problem bei der Beschäftigungsquote. Das müsste man jetzt in den nächsten Jahren beobachten, wie sich das weiterentwickelt. Wenn es jetzt zu einem weiteren Absinken kommen würde, dann müsste man tatsächlich mal schauen, was das für strukturelle Probleme sein könnten. Aber im Moment würde ich das noch nicht diagnostizieren, dass es strukturelle Probleme auf der sächsischen Seite gibt.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Für die CDU/CSU Jens Koeppen noch mal.

Abg. **Jens Koeppen** (CDU/CSU): Die Frage geht an die beiden Bürgermeister, Frau Herntier und Herrn Mahro. Wir sprechen sehr selten über die Energieversorgungssicherheit und über die gesicherte Leistung. Das kommt nur völlig am Rande vor. Wir sind oft oder die Bundesregierung ist oft ausgestiegen, ohne irgendwo in die gesicherte Leistung einzusteigen. Wie sehen die Energieprofis das vor Ort, die über Jahrzehnte lang für eine gesicherte Leistung gesorgt haben? Wie sehen die die Debatte, dass die mal gebraucht werden und dann wieder ins Abseits geschoben werden, dann mal über einen vorgezogenen Ausstieg diskutiert wird, ohne dass eine gesicherte Leistung für Deutschland wirklich ist?

SVe **Christine Herntier** (Bürgermeisterin der Stadt Spremberg): Ich denke, darüber wird so wenig geredet, weil es so selbstverständlich in Deutschland ist, dass wir eine sichere, stabile Energieversorgung haben. Die darf natürlich nicht



in Gefahr geraten. Als Gesellschafterin des Zweckverbands „Industriepark Schwarze Pumpe“ kann ich dazu sagen: Wir investieren auch als Kommune in ein Projekt, wo es darum geht, dass gerade die Erneuerbaren Energien ihren Beitrag leisten können zu einer sicheren Energieversorgung. Aber ehe diese technologischen Probleme nicht gelöst sind, ist es natürlich schwierig, aus dem letzten verbliebenen Grundversorger in Deutschland auszusteigen. Das wird auch auf Bundesebene im Moment diskutiert. Aber das ändert nichts an der Aufgabe, dass – und daran wird geforscht, auch in Spremberg und daran auch mit großem Engagement gearbeitet, zum Beispiel in den städtischen Werken– es darauf ankommt, dieses Problem zu lösen, um auch die Erneuerbaren sicherer zu machen.

SV Fred Mahro (Bürgermeister der Stadt Guben): Ich bin dazu mit der Geschäftsführerin der Stadtwerke und dem Geschäftsführer der Energieversorgung im ständigen Austausch. Das hat auch ein Stück weit mit dem Problem des letzten Winters zu tun gehabt. Wir sind uns alle drei völlig sicher, jeder aus seinem Blickwinkel, dass wir eine Grundlast auch über das Jahr 2038 hinaus benötigen werden. Das steht für uns zweifelsfrei fest, um eben diese Versorgungssicherheit dort herzustellen. Wir müssen auch sehen, dass es ansonsten einen Zielkonflikt gibt, wenn wir energieintensive Betriebe wie zum Beispiel Rock Tech Lithium in Guben ansiedeln wollen, die einen großen Energiebedarf haben, dann müssen wir den natürlich auch perspektivisch sichern und das über 24 Stunden, 365 Tage im Jahr. Also, wir sind uns sicher, dass die Grundlast das Entscheidende sein wird in der Zukunft. Natürlich: Je mehr es gelingt, Erneuerbare Energien zu nutzen und auch zu speichern, umso weniger wird man fossile Brennstoffe benötigen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann noch mal.

Abg. Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz herzlichen Dank. Wie schon von mir kurz erwähnt, ist es auch durch die Bundesregierung gerade in den letzten zwei Jahren deutlich nachgewiesen worden, dass die Versorgungssicherheit ganz vornedran steht und auch jederzeit gewährleistet werden konnte.

Wenn der Kohleausstieg erfolgt, ob es bei mir in der Heimat ist oder ob es in der Lausitz sein wird, über welchen Zeitraum auch immer: Es ist erforderlich, dass volatile Erneuerbare Energie aus Wind und Sonne ergänzt werden durch flexible. Da ist in der Lausitz die geplante Gigawatt Factory mit Ergänzung durch Wasserstoff zu den Erneuerbaren. Ich bedanke mich und möchte deswegen noch den Blick, den wir schon nach vorne gerichtet haben, mit einer Frage an Professor Zundel fortsetzen, verbunden mit einem Dank an Herrn Abraham, mit dem wir regelmäßig im Austausch stehen und konstruktiv auch die Chancen dieser Wandlungsprozesse darlegen: Die Lausitz muss attraktiv bleiben und die Willkommenskultur stärken. Ich denke, das ist heute auch schon rausgekommen. Was mich betrifft: Aufgewachsen in Brandenburg, wohnhaft heute in Sachsen. Ich mag die Lausitz vom Spreewald bis Bautzen, von Görlitz bis nach Senftenberg. Die Frage an Sie: Was muss dafür getan werden, dass dies in der nötigen Breite deutlich wird? Bei all denen, die zugezogen sind, die wissen, dass es so ist. Aber viele, die noch kommen sollen, wissen es bisher noch nicht. In Ihrer Stellungnahme haben Sie aufgezeigt, Herr Professor Zundel, dass für Ansiedlungsschwerpunkte eine Unterstützung bei kommunaler Infrastruktur und auch deren gezielte Förderung sinnvoll ist. Aber wie unterscheidet sich diese Ihre Empfehlung von der in Sachsen durchgeführten Praxis, breitflächig kommunale Infrastrukturaufgaben mit den Strukturwandelgeldern zu unterstützen? Danke.

SV Prof. Dr. Stefan Zundel (BTU Cottbus-Senftenberg): Ich glaube, das waren jetzt dreieinhalb Fragen und ich werde die nicht in drei Minuten abarbeiten können.

Der Vorsitzende: Genau genommen in 1:27 Minuten.

SV Prof. Dr. Stefan Zundel (BTU Cottbus-Senftenberg): Ich möchte vielleicht zwei Bemerkungen zum Ausmaß dessen, was wir da jetzt eigentlich tun müssen, machen. Wenn es richtig ist, dass das Thema Kompensation weitgehend gelöst ist und das Thema Fachkräfte jetzt das Schlüsselproblem ist, muss man sich im Klaren werden darüber: Wie groß ist das Problem eigentlich? Wenn man die demografischen Prognosen zu Rate zieht – und da kann man



unsere eigene oder andere nehmen –, dann kommt man eben zu dem Ergebnis, dass uns bis 2038 in Brandenburg etwa 60.000 Leute fehlen und in Sachsen etwa 40.000 Leute. Das kann man bei kompletter Ausnutzung aller rechnerisch vorhandenen Reserven nicht aus dem inneren Bestand der Region lösen. Das geht einfach nicht. Wenn man sich das vor Augen führt, wird es nicht anders gehen als mit einer Anwerbspolitik. Da muss man sich natürlich auch im Klaren darüber sein, dass die Kreise in der Lausitz nicht die einzigen sind, die dieses Problem haben, sondern nur die ersten, und 100 andere Landkreise und Städte in der Bundesrepublik auch mit diesem Problem ringen werden in der nächsten Zeit. Das heißt: Aus dem Inneren der Bundesrepublik werden wir das nicht allein stemmen können. Es gibt dazu eine Kampagne, "Krasse Lausitz" heißt die, eine gute Sache. Aber man muss realistisch sein: Das wird nicht ausreichen. Mit anderen Worten: Man kommt nicht um eine offensive Anwerbspolitik im Ausland herum, wenn man diesen Engpass beseitigen will. Ich glaube, das ist einfach eine Frage von Adam Riese. Also, da muss man kein Raketenwissenschaftler sein, um das zu sehen. Dann muss man sich halt die Frage stellen: Wie macht man das? Guben ist natürlich ein sehr schönes Beispiel, weil wir da den grenzüberschreitenden Wandel haben. Aber auch hier müssen wir realistisch sein. Auf der tschechischen und auf der polnischen Seite haben wir die gleichen Probleme. Also die Vorstellung, dass wir das aus der EU allein lösen mit diesen Nachbarländern, die ist auch nicht so richtig zielführend. Wir müssen schon etwas weiter weg gehen.

Der **Vorsitzende**: Interessanter Aspekt. Deswegen durften Sie auch etwas überziehen. Vielleicht stellt Hannes Walter noch so eine ähnliche Frage. Ich weiß es nicht, aber er hat auf jeden Fall das Wort.

Abg. **Hannes Walter** (SPD): Ich habe eine ganz andere Frage, danke. Erst möchte ich kurz Herrn Koeppen widersprechen: Energiesicherheit, das ist immer das erste Thema, auch für das BMWK, denke ich. Staatssekretär Kellner sagt das auch in seinen Reden. Also zumindest, wenn ich mit in der Debatte bin. An Frau Herntier und Frau Derks die Frage: Wir hatten schon über den Werkstattprozess gesprochen, Frau Herntier,

vielleicht aus dem internen Blick, Frau Derks aus dem externen Blick: Läuft es in der brandenburgischen Lausitz besser als in anderen Strukturwandelregionen? Und wenn ja, warum?

SVe **Christine Herntier** (Bürgermeisterin der Stadt Spremberg): Wir sind mit Bürgermeistern aus allen deutschen Kohlrevieren im Kontakt und der brandenburgische Werkstattprozess ist schon etwas Besonderes. Auch deshalb, und da gibt es Beispiele dafür, weil es gelungen ist, werkstattübergreifend Projekte sehr kritisch zu betrachten, die dann nicht befürwortet wurden. Das ist mir aus anderen Revieren nicht bekannt, nicht aus Sachsen, nicht aus NRW und auch nicht aus Sachsen-Anhalt. Das ist eine brandenburgische Spezialität, wo gesagt wurde: Nein, wir sehen keinen Effekt für die Strukturentwicklung der Lausitz. Das ist das Besondere. Das ist hervorzuheben, dass es da gelungen ist, sozusagen eine gemeinsame Basis zu finden. In Sachsen läuft es leider anders. Die Kollegen sind da oben als Gast mit dabei. Da gibt es sehr fragwürdige Projekte, wofür viel Geld ausgegeben wird und was unserer Meinung nach nichts mit dem Gelingen des Strukturwandels in der Lausitz zu tun hat.

SVe **Ariane Derks** (Lausitz Science Park – BTU Cottbus-Senftenberg): Ich kann Frau Herntier wieder mal nur unterstützen. Ich glaube, das ist wirklich ein guter Prozess. In dieser Form läuft der tatsächlich auch nur in Brandenburg. Und man ist damit wirklich sehr nah an den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger sowie an den Themen. Ich glaube, das muss vielleicht in dieser Runde auch noch mal gesagt werden: Das ist auch in allem ein komplett neuer Prozess. Das heißt, man muss auch eine Lernkurve haben dürfen in diesen Dingen. Das ist eben in diesem Werkstattprozess ganz gut, weil sich die Leute permanent austauschen und von Werkstatt zu Werkstatt einfach aus ihren eigenen Erfahrungen und aus dem lernen, was dann im Umfeld passiert. Insofern finde ich persönlich das eine sehr gute Herangehensweise.

Der **Vorsitzende**: Gut, das bedingt vielleicht auch einen gewissen Respekt vor der Arbeit, die nicht nur die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben, sondern alle in dieser Region. Das hört man jetzt gerade auch schon so ein bisschen raus. Leif-Erik Holm hat das Wort.



Abg. **Leif-Erik Holm** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde gern unsere Bürgermeister auch noch mal zu den Werkstattgesprächen fragen wollen. Unsere Kollegen in Brandenburg beklagen, dass da so viele Projektideen unter den Tisch gefallen seien, 600 an der Zahl, die intransparent dann nicht mehr weiterverfolgt wurden. Vielleicht können Sie Ihre Meinung dazu noch mal kundtun. Ich teile Ihre Ansicht durchaus, dass wir jetzt nicht diesen Strukturwandel, der ein langer Prozess ist, überfrachten sollten, indem wir ihn auch noch weiter verkürzen. Diese Diskussion auf 2030, das provoziert noch mehr Unsicherheit. Da müssen wir ganz, ganz schnell von wegkommen. Ich würde gerne noch mal fragen wollen, dann in die Zukunft gerichtet: Sie schreiben davon, dass Sie freie Mittel von Projekten verwenden wollen, insbesondere für die Bereiche Bildung und Infrastruktur. Das halte ich für sehr, sehr richtig und wichtig. Vielleicht können Sie noch mal sagen, welche Projekte Sie da prioritär vorne sehen, für die wir Mittel verwenden sollten.

Sve **Christine Herntier** (Bürgermeisterin der Stadt Spremberg): Wir haben noch 15 Jahre Strukturwandel vor uns und deshalb ist es uns schon sehr wichtig, dass man sich die Projekte, die sozusagen in der Pipeline sind, die in den Jahren 2018, 2019, 2020 mal aufgeschrieben wurden, mal anschaut, auch vor dem Hintergrund der jetzt vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse nach nur drei Jahren. Das sollte man unbedingt tun. Dazu gibt es auch Gespräche der Bürgermeister mit dem Geschäftsführer der Wirtschaftsregion Lausitz (WRL). Was das Thema Bildungsinfrastruktur betrifft, danke für die Frage. Wir haben jahrzehntelang nur abwärts geplant, immer mit sinkenden Schülerzahlen. Und ich komme zurück: Der Strukturwandel ist eine Chance. Leider gibt es der Haushalt des Landes Brandenburg nicht her, dass Kommunen dabei unterstützt werden können, wenn sie in Bildungsinfrastruktur, also in neue Schulen investieren wollen. Das sollte dringend geändert werden. Ich weiß, das ist eine schwierige Situation für die Länder, aber weil die Lausitz so beispielgebend ist für die Entwicklung in ganz Deutschland, sollte man das wirklich sehr ernst nehmen. Wir haben sowieso ein Bildungsproblem, da gehören die Lehrer dazu, aber eben auch gute Schulen, in denen moderner Unterricht gestaltet

werden kann.

SV **Fred Mahro** (Bürgermeister der Stadt Guben): Vielleicht zu den 600 Projekten: Auch das ist das, was Lernen heißt, also sich an der Aufgabe im Prinzip ein Stück weit reiben. Natürlich war es zu Anfang so, als es „Strukturwandelprojekte“ hieß, dass jeder Bürgermeister alle Probleme, die er hatte, erst mal dort in diese Projekte geschüttet hat. Ob die für den Strukturwandel relevant sind oder nicht, das war dann erst mal egal. Wir haben dann mit einzelnen Projekten angefangen, um auch nach außen zu zeigen: Jawohl, der Strukturwandel findet in den Projekten statt. Wir haben zum Beispiel, um dieser Intransparenz zu entgegnen, im Landkreis Spree-Neiße eine offene Datei, worauf jeder Bürgermeister Zugriff hat, wo wir alle unsere Projekte auch mit den Status: "Ist es eine Idee? Ist es ein Antrag? Wie ist der Stand?" einspeisen können. Wenn das entsprechend bearbeitet wird, dann werden sich elf Bürgermeister aus dem Landkreis Spree-Neiße aufmachen, um den Kollegen, um den es hier geht, in der Lausitzrunde und später auch in der Wirtschaftsregion Lausitz zu unterstützen. Ich glaube schon, dass diese 600 Projekte der Auftakt gewesen sind. Aber, dass die jetzt unter den Tisch fallen, kann ich nicht erkennen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Der Kollege Abraham.

Abg. **Knut Abraham** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte nur ganz kurz eine Anmerkung machen zum Image der Region. Das ist tatsächlich eine sehr sensible Angelegenheit, und deswegen ist auch die politische Wahrnehmung der Region eben sensibel. Jetzt müssen wir leider sagen, dass wir ein gewisses mediales Problem haben in der Darstellung unserer Region. Nun haben die öffentlich-rechtlichen Medien keinen Werbeauftrag für die Lausitz. Wenn ich ganz kurz erinnern darf an diesen schrecklichen Sechsteiler „Lauchhammer – Tod in der Lausitz“, wo Drogen und dunkle Menschen mit einem leichten Dachschaden bei schlechtem Wetter über acht Stunden die Bildschirme bevölkert haben, das ist wirklich sehr abträglich. Zuträglich zu unserer Debatte vielleicht folgender Punkt: Wir haben in unserem wegweisenden Antrag in Punkt 13 auf den möglichen Kupferabbau bei Ihnen, Frau Herntier, in Spremberg verwiesen. Wie ist denn da der



Sachstand eigentlich?

SVe **Christine Herntier** (Bürgermeisterin der Stadt Spremberg): Der Sachstand ist so, dass das Unternehmen Kupferschiefer Lausitz (KSL), das dort die Untersuchung vorantreibt und ein Bergwerk errichten möchte, die Chance bekommt, ein erneutes Raumordnungsverfahren durchzuführen. Das halten wir auch für sehr wichtig. Ich bin auch im regelmäßigen Austausch mit dem Unternehmen. Es ist aber auch wichtig, dass die offenen Fragen aus dem ersten Raumordnungsverfahren beantwortet werden. Ich habe in einem Gespräch in dieser Woche den Eindruck gewonnen, dass man sich da auch neue wissenschaftliche Unterstützung holt. So wie Sie es formuliert haben: Kupferabbau, Rohstoffe, Bodenschätze haben wir wenig in Deutschland. Das Thema sollte nicht zusätzlich ideologisch überfrachtet werden. Es ist sehr wichtig, auch im Aufbau der Wertschöpfungsketten, gerade was Batterietechnik und die Automobilindustrie betrifft. Es ist auch so, dass KSL darüber nachdenkt, nicht nur die erste Stufe, sondern auch noch eine zweite Stufe in der Wertschöpfungskette in der Lausitz zu etablieren. Ich glaube, das tut uns allen gut und dafür sind dringend Arbeitskräfte erforderlich, die es in der Lausitz gar nicht gibt. Das kann ein Beispiel für Zuzug werden, und zwar ganz konzentriert auf ein bestimmtes Industriethema.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Also wir setzen jetzt auf fröhlichere Filme aus dieser Region, auf jeden Fall. Ich habe diese Serie gar nicht gesehen und ich glaube, ich habe nichts verpasst, wenn ich das jetzt so gehört habe. Aber es soll ja auch ganz nette Filme geben, die die landschaftliche Schönheit dieser Region manchmal auch verdeutlichen. Meine ich mich jedenfalls zu erinnern. Bernd Westphal noch mal.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich will noch mal darauf abheben. Deshalb meine beiden Fragen an die Kommunalpolitiker Frau Herntier und auch Herrn Mahro. Man sieht, dass wir mit der politischen Entscheidung des Ausstiegs aus der Braunkohle, die Menschen nicht alleine lassen, sondern auf allen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – dieses Projekt verantwortungsvoll begleiten und die Menschen schon auch deshalb allen Grund dafür haben, zuversichtlich für ihre Region zu

sein. Man sieht auch, dass neue Dinge zusätzlich vom Unternehmen LEAG selbst kommen, ich habe es vorhin schon gesagt, die Erneuerbaren Energien. Aber auch das Wasserstoffkernnetz wird die Lausitz mit bedienen. Wir haben Ansiedlung von Bundesbehörden, das Bahninstandsetzungswerk und wir haben gerade gehört, auch von Professor Zundel, es gibt einen Fachkräftemangel trotz Strukturwandels. Deshalb – es ist ja bald Weihnachten –: Was wünschen Sie sich, was man noch für die Reviere an weiteren Maßnahmen auf den Weg bringen müsste?

SVe **Christine Herntier** (Bürgermeisterin der Stadt Spremberg): Schauen Sie sich an, ob der Artikel 104b Grundgesetz, "Keine Strukturmittel in Bildungsinfrastruktur investieren", noch zeitgemäß ist. Gerade unter dem Aspekt, dass wir Geschwindigkeit brauchen, dass wir Zuzügler anwerben müssen, spielt das Thema für Familien, "Habe ich gute Bildungschancen für meine Kinder?", eine ganz, ganz starke Rolle. Bitte überdenken Sie das, Herr Kellner nickt. Wir fordern das regelmäßig, auch gegenüber dem Wirtschaftsminister. Die Bundestagsabgeordneten, die regelmäßig bei uns zu Gast sind, wissen das. Bitte prüfen Sie, ob das für einen Zeitraum X – mir fällt kein besseres Wort ein – aufgeweicht werden kann. Das ist zwingend erforderlich. An Bildung hängt so viel, auch das Image der Region, auch das Bewusstsein der Menschen. Da muss dringend etwas getan werden.

SV **Fred Mahro** (Bürgermeister der Stadt Guben): Ich würde jetzt mal den Blickwinkel auf die Sicht der Investoren, der vorhandenen Unternehmen richten. Und zwar geht es vor allen Dingen darum, dass jetzt dieser Strukturwandel auch, über das Förderprogramm Just Transition Fund (JTF) oder andere Förderprogramme begleitet wird. Es ist ganz wichtig, dass wir recht schnell in unserem Land wieder Ordnung in die Finanzsituation bekommen, damit angezeigte oder angedeutete Zusagen über Fördermittel auch tatsächlich umgesetzt werden können. Damit es dort kein Stocken bei den Investoren gibt. Denn, was nutzt uns letzten Endes Bildungspolitik oder was auch immer, wenn tatsächlich die, die Arbeitskräfte schaffen sollen oder den Strukturwandel mitbegleiten sollen, es nicht ermöglicht bekommen, über entsprechende staatliche Zuschüsse, das heißt Subventionen, tätig zu



werden. Wir befinden uns hier meiner Ansicht nach in einem wirklichen Wettbewerb – das ist schon fast der falsche Begriff – zu den Vereinigten Staaten und zu Kanada. Das Zweite ist das Thema Schieneninfrastruktur: Unsere Altvorderen werden sich was dabei gedacht haben, als sie Berlin und Breslau verbunden haben und Leipzig und Poznan. Ich glaube, wir müssen Schieneninfrastruktur nicht nur von Berlin nach dem Süden denken, sondern wir müssen auch Schieneninfrastruktur aus der Lausitz in Richtung Osten bedenken. Und das ist ganz, ganz wichtig, denn im Güterverkehr funktioniert es, im Personenverkehr nur teilweise.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Angeblich gibt es da sogar baureife Möglichkeiten, dort zu investieren. Die braucht man gar nicht neu beschließen, man müsste es nur machen. Aber Sie haben offensichtlich manchen hier aus dem Herzen gesprochen. Die letzte Frage geht an Gerald Ullrich von der FDP.

Abg. Gerald Ullrich (FDP): Vielen Dank. Wir haben gerade in den letzten Minuten etwas gehört über Lernkurve, über Priorisierung, über Bedarf an Bildung und auch über den JTF. Deswegen noch mal meine Frage an den Professor Schnellenbach: Sollte aus Ihrer Sicht die Förderpriorität des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) geändert werden und wenn ja, in welchen Bereichen? Und welche Rolle kann der hier angesprochene JTF, also der Just Transition Fund, dabei spielen? Wenn Sie uns dazu kurz ausführen könnten.

SV Prof. Dr. Jan Schnellenbach (BTU Cottbus-Senftenberg): Danke. Da ist immer noch eine relativ starke Priorisierung bei den tatsächlichen Förderungen im Bereich der Ansiedlung von Arbeitsplätzen, der direkten Arbeitsplatzeffekte. Wenn man schaut, wofür Geld ausgegeben wurde, sind da beispielsweise die Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Da ging es darum, Forschungseinrichtungen anzusiedeln, die unmittelbare Arbeitsplatzeffekte haben, die dann noch einmal Zweitrundeneffekte haben, vielleicht über Ausgründungen und so weiter. Aber im Vordergrund standen eben die direkten Arbeitsplatzeffekte. Sinnvoll wäre es, die Prioritäten in der tatsächlichen Förderung etwas stärker in Richtung Daseinsvorsorge zu verändern, in Richtung Förderung von Kultureinrichtungen,

auch in die Richtung der Förderung von Bildungsinfrastruktur, wie wir gerade von Frau Herntier gehört haben. Das zu ermöglichen, würde ich tatsächlich für sehr sinnvoll halten. Weil eben, wie wir schon gehört haben, auch diese Bildungsinfrastruktur etwas ist, was als Standortfaktor wichtig ist, was einerseits Fachkräfte in die Region holen und dort binden kann, was aber eben auch bei Ansiedlungsentscheidungen eine Rolle spielen kann. Ich glaube, da wäre es tatsächlich sinnvoll, in die Richtung zu gehen und diese sogenannten "weichen Standortfaktoren", die so weich dann am Ende gar nicht sind, stärker zu fördern. Beim Just Transition Fund sehe ich eine gewisse Gefahr, wenn man sieht, dass jetzt so ein bisschen darauf spekuliert wird, dass mit dem Just Transition Fund auch die direkte Unternehmensförderung möglich wird. Da sehe ich ein bisschen die Gefahr, dass dann die Strukturwandelpolitik auch so eine stärkere industriepolitische Prägung bekommt. Man versucht, die Gewinner der Zukunft zu identifizieren, worin die Politik traditionell sehr schlecht ist. Das Problem der direkten Unternehmensförderung ist, dass wir relativ häufig Mitnahmeeffekte, Fehlförderung und verschwendetes Geld haben. Da wäre ich vorsichtig, dass der Staat versucht, sich als Unternehmer zu betätigen und die Industriestrukturen der Zukunft sehr direkt durch direkte Unternehmensförderung mitzuprägen. Ich glaube, wir sollten da eher in die grundsätzlichen Standortbedingungen gehen und die verbessern und nicht so sehr Einzelunternehmen fördern.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank, Herr Professor Schnellenbach. Mit Abschluss Ihres Redebeitrages schließe ich dann auch die öffentliche Anhörung. Ich kann für mich sagen, dass es wirklich sehr interessant war und bei all den großen Herausforderungen, die Sie beschrieben haben, schimmerte ja auch immer wieder der Optimismus durch, diese Aufgabe zu bewältigen. Ich glaube, manchen ist auch deutlich geworden, dass diese Lausitz doch sehr gute Bedingungen hat, um da hinzuziehen oder vielleicht dort arbeiten zu wollen. Wir werden sehen. Ich wünsche Ihnen auf jeden Fall alles Gute, nicht nur den beiden Bürgermeistern, sondern auch allen anderen, die sich damit beschäftigen. Das ist eine große Aufgabe, das ist heute deutlich geworden. Ich bedanke mich also herzlich bei



allen Sachverständigen für die hilfreichen und interessanten Beiträge. Mein Dank gilt auch den Zuhörerinnen und Zuhörern, insbesondere auch den Kameralen, die dafür gesorgt haben, dass viele zuhören und zusehen konnten und die Übertragung natürlich erst möglich gemacht haben. Zugleich verabschiede ich mich jetzt auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen des Wirtschaftsausschusses von der Öffentlichkeit. Wir arbeiten gleich noch weiter, das ist ein wichtiger Hinweis, aber dann in einer nichtöffentlichen, regulären Ausschusssitzung. Bis dahin machen wir eine kurze Verschnaufpause. Vielen Dank für Ihr Interesse und kommen Sie gut nach Hause. Egal, wie die Mobilitätsbedingungen dort sind. Ich hoffe, zurück geht es in die Lausitz möglicherweise einfacher. Alles Gute für Sie!

Schluss der Sitzung: 10:25 Uhr



Verweise auf Stellungnahmen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Prof. Dr. rer. pol. Stefan **Zundel**
A-Drs. 20(9)329

Prof. Dr. oec. habil. Jan **Schnellenbach**
A-Drs. 20(9)330

Frederik **Moch** (DGB)
A-Drs. 20(9)331

Christine **Herntier** und Fred **Mahro**
A-Drs. 20(9)332